

# Museums Bote

Des Ersten Österreichischen Funk- und Radiomuseums  
Nr. 60 Jänner 1995

## 70 Jahre Radio Teil 2

Fortsetzung von Nr. 58

Nach langem hin und her gab die Telegraphenbehörde am 17. März 1920 ihre Bereitschaft zur Übernahme der Heeresradiostationen bekannt. Danach folgte ein Jahr zäher Verhandlungen um die Übernahme der Heeresfunke in den Zivildienst. Ende Februar 1921 wurden die Verhandlungen abgeschlossen und die erarbeiteten Richtlinien dem Verkehrsminister zur Entscheidung vorgelegt. Dieser erteilte ein knappes Monat später seine Zustimmung. In den Richtlinien wurde die Übernahme aller bei den übernommenen Militärstationen beschäftigten Heeresfunke in den Dienst der Telegraphenverwaltung fixiert. Der neue Stellenplan sah pro Station im allgemeinen folgende Besetzung vor: ein Stationsleiter (in den meisten Fällen der frühere militärische Kommandant), bis zu sechs Funke, am Laaberg vier, sonst in der Regel zwei Telegraphisten sowie ein Mechaniker.

Der Ausbau des Funkwesens zur Errichtung eines Funkverkehrs innerhalb Österreichs sollte den zeitlichen und finanziellen Zwängen entsprechend, in zwei Etappen erfolgen. Mit Hilfe der von der Heeresverwaltung übernommenen Stationen sollte lediglich „die Korrespondenz“ für die Presse und für die Börse, sowie die „Wetternachrichten“ radiotelegraphisch ausgestrahlt werden, um die Drahtleitungen damit besser für die „Privatkorrespondenz“ ausnützen zu können. Im zweiten Schritt sollte dann ein voller Betrieb in Anwendung kommen, der eine weitere Entlastung der Drahtleitungen zur Folge hätte, weiters aber im Interesse des in Aussicht genommenen Luftfahrdienstes unbedingt notwendig sei. Im Zuge dieser zweiten Ausbaustufe sollten die im Betrieb relativ kostspieligen Heeres-Poulsen-Sender in moderne Röhrensender umgerüstet werden und eine Trennung von Sende- und Empfangsstationen in den Landeshauptstädten stattfinden.

Daher sollten allen privaten Interessenten auch die Möglichkeit eröffnet werden, nach Einholung einer Konzessionsbewilligung und unter Einhaltung gewisser Bedingungen, sich für bestimmte Zwecke Radioempfangseinrichtungen (Radio – Teilnehmerstationen) bauen zu lassen. Damit begann neuerlich eine Diskussionsreihe in welcher unterschiedliche Interessen vertreten wurden. Die Sektion VII im Verkehrsministerium stellte daher fest: „...eine Freigabe im Besitz und Betrieb von Empfangsanlagen sei im allgemeinen nicht in Aussicht genommen, da die Staatsverwaltung sowohl den Sende- als auch den Empfangsdienst auf Grund des Monopols allein durchführen wird. Nur für „bestimmte Presse- und Börsennachrichten“ sollten Konzessionen für kleine Empfangsstationen“ erteilt werden, welche jedoch plombiert werden sollten, damit mit ihnen keine anderen Nachrichten aufgenommen werden könnten. Ein unbeschränkter Betrieb dieser Teilnehmerstellen ist nicht in Aussicht genommen...“

Die Vorbereitungen zur Errichtung der für den Länderfunkverkehr notwendigen Sendestationen schritten ebenfalls nur sehr langsam voran. Nach der Kreditusage durch das Staatsamt für Finanzen im Juli 1920 wurde erst im September 1921 in Linz und Salzburg mit den ersten Versuchssendungen zur Ermittlung des genauen Aufstellungsortes begonnen. Zusätzliche Probleme ergaben sich aus dem Umstand, daß die geplanten Sende- und Empfangsstationen getrennt voneinander untergebracht werden sollen, und letztere erst neu bei Telefunken in Berlin bestellt wurden. Diese Firma versuchte jedoch die Lieferung der Apparate aufgrund der

sich ständig verschlechternden Währungsparitäten so lange als möglich hinauszuzögern, so daß die österreichische Telegraphenverwaltung schließlich an die deutsche Reichspost mit dem Ersuchen um Unterstützung herantreten mußte. Nach Abschluß der ersten Senderversuche wurden erst die Landes-Telegraphendirektionen mit der Einholung von Informationen und Vorlage von Vorschlägen für mögliche Aufstellungsorte beauftragt, die erst im Laufe des März 1922 in Wien eintrafen. Daraufhin wurde in der Mehrzahl der Fälle die Standortfrage geklärt und die Geräte an die geplanten Orte transportiert und im weiteren Verlauf teilweise in Betrieb genommen. In der Mehrzahl jedoch beschränkte sich dies auf die Inbetriebnahme der Empfangsgeräte, die bis zur Lieferung neuer Empfänger aus Berlin ebenfalls vom Heeresamt leihweise bereitgestellt wurden. Mitte Juni 1922 waren erst in Linz, Salzburg und Klagenfurt die Empfangsanlagen provisorisch in Betrieb genommen worden.

Anfang April 1922 wurde der Funkwirtschaftsdienst Berlin-Wien gegen Verrechnung eingeführt, wobei die deutsche Seite zugleich auch die Bedingung erfüllte, die ihr aus dem Vertrag in Wien erwachsenden Verpflichtung an eine österreichische Tochtergesellschaft zu übertragen. Hierfür wurde als Vertreterin der deutschen „Europ-Radio Ges.m.b.H.“-Berlin in Wien die „Drahtlose Verkehrsges.m.b.H.“ errichtet. Als Gründer dieses Unternehmens, das gewissermaßen eine Nachfolgerin der DEGEB darstellte, fungierten Telefunken, die deutsche Europ-Radio und Siemens & Halske in Wien. Als erstes setzten die Gründer der „Drahtlosen“ einen neuen Vertragstext durch, worin sich die deutsche Europ-Radio als exklusive Lieferantin für Wirtschafts-, Börsen- und Devisennachrichten aus Berlin und New York etablierte, während dem TKB (Telegraphen-Korrespondenz-Büro) die Weiterverbreitung dieser Nachrichten an andere ausländische Agenturen untersagt wurde. Am 28. Juni 1922 gab Bundeskanzler Ignaz Seipel dem Entwurf seine Zustimmung. Während der Funkwirtschaftsdienst, wie er vertraglich vereinbart war, nach einigen Probemonaten am 1. September endgültig begann, setzte die „Drahtlose Verkehrsgesellschaft“ noch in dieser Phase weitere Initiativen zur Erweiterung ihres kommerziellen Tätigkeitsgebietes. So bemühte sie sich um die Erlangung einer Konzession für den allgemeinen Rundfunkverkehr nach dem In- und Ausland. Das Gesuch wurde am 1. August vorerst abgewiesen. Im Herbst 1922 begann WTB und Reichspost mit einer Versuchsserie, von radiotelephonischen und – da diese offenbar nicht die erwarteten Ergebnisse zeigten - ab Dezember 1922 radiotelegraphische Versuchssendungen. Die technischen Fragen waren Anfang Dezember soweit gelöst, daß die Reichspost ihren österreichischen Kollegen die Aufnahme des Funkpressedienstes ab 1. Jänner 1923 ankündigte. Dazu kam es jedoch nicht, da das Reichspostministerium am 30. Dezember den Beginn des Dienstes, ohne Angabe von Gründen kurzfristig absagte. Erst im Sommer 1923 wurden die Versuchssendungen mittels Sprechfunk von Berlin aus wieder aufgenommen. Dies alles hatte zur Folge, daß die Diskussion über die Umstellung des gesamten Pressenachrichtendienstes sowohl in Österreich wie auch auf internationaler Ebene erst im Verlaufe des Jahres 1924 neu aufgerollt und, ausgetragen wurde. Bis dahin blieb der von der deutschen „Europ-Radio Ges.m.b.H.“ international und von der „Drahtlosen Verkehrsgesellschaft“ in Gemeinschaft mit der ANST (Presseagentur) in Österreich organisierte Funkwirtschaftsdienst der einzige europäische Funkdienst.

Von österreichischer Warte aus gesehen funktionierte daher der internat. Fluß von politischen Presse- und Wirtschaftsnachrichten in all den Jahren nach Kriegsende in höchst einseitiger Weise, und zwar von den wichtigsten Hauptstädten Westeuropas nach Wien, nicht aber umgekehrt.

## Die Bewerbung um die Auslandskonzession

Unabhängig von den staatlich betriebenen Funkdiensten bemühte sich die Funkindustrie den österreichischen Funkbetrieb teilweise oder zur Gänze selbständig zu organisieren oder wenigstens mit der österreichischen Telegraphenbehörde Verkehrsbeziehungen anzuknüpfen. Durch die sich verschärfende Krise der österreichischen Finanzen, eine Folge der Inflation, und der gleichfalls inflationsbedingte Kapitalmangel in der heimischen Elektro- und Funkindustrie begünstigte die Entstaatlichungsbestrebungen, verunmöglichten aber ein Engagement der heimischen Firmen. Damit fiel die Initiative fast automatisch den international agierenden Konzernen zu. Im Sommer 1921 bewarben sich alle drei europäischen Funkfirmen, die Compagnie Generale Detektorapparat Telegraphie sans Fils (CGTSF, Frankreich), die Marconi Wireless Telegraph Company (England) und die deutsche Telefunken-Gesellschaft um die Konzession zur Durchführung des österr. Funkbetriebs anstelle der Telegraphenverwaltung, wobei sie vornehmlich an der Durchführung des internationalen Telegraphenverkehrs (Auslandskonzession) Interesse zeigten. Im Juli 1921 fand eine Besprechung zwischen der CGTSF und Vertretern der Telegraphenbehörde statt, an der nun auch Vertreter der österreichischen Proponenten teilnahmen. Die österr. Proponenten traten bereits unter einer eigenen Firmenbezeichnung „Austro-Radio-Telegraph-Company“ auf und warb um die Erlaubnis für den radiotelegraphischen Verkehr mit allen in- und ausländischen Staaten, sowie die Befugnis zur Errichtung der hierfür notwendigen Sende- und Empfangsanlagen. Es kam aber in der Folge zu keiner Einigung, worauf sich die französische Gesellschaft aus dem Wettbewerb zurück zog.

Ebenfalls ab Juli 1921 traten die Marconi-Gesellschaft in Verhandlungen ein. Dem Angebot entsprechend sollte ein Unternehmen unter den Firmennamen „Österreichische Marconi AG“ gegründet werden, dem das ausländische Recht zur Errichtung und zum Betrieb von Radiostationen eingeräumt werden sollte. Insgesamt führten die Verhandlungen zu einer weiten Annäherung beider Vertragspartner, zum Abschluß kam es aber nicht. Schuld daran war die Konkurrenz. Es war dies Telefunken. Telefunken, größter europäischer Konkurrent Marconis, trat in Österreich zunächst nicht selbst als Konzessionswerber in Erscheinung, sondern schickte hierzu den ehemaligen Leiter des Funken-Telegraphen-Inspektorats im kk. Handelsministerium und späteren Leiter der DEBEG-Gesellschaft in Wien, Eugen WINKLER zum Verkehrsministerium mit dem Gesuch um die Erteilung einer Generalkonzession für die Errichtung und den Betrieb von Anlagen zur Nachrichtenbeförderung mittels elektromagnetischer Wellen in Österreich. Weiters wollte Winkler auch die Errichtung eines Sprechfunkbetriebs in Österreich, sowie einen überseeischen Bildfunkverkehr in die Konzession miteingeschlossen wissen. Winkler wurde von Anfang an außenpolitische Unterstützung zuteil.

Darauf folgten in den nächsten Monaten eine Reihe von Verhandlungen, an denen vor allem politische Stellen wie das Bundeskanzleramt, das Finanzministerium, das Außenministerium und das Verkehrsministerium beteiligt waren. Letztlich wurde die Entscheidung über die Konzessionsvergabe durch den Ministerrat verlangt. Die Krise, die im Kabinett Schober, ausgelöst durch den Putschversuch Karls in Ungarn und vertieft durch die sich verschlechternden Situation der Staatsfinanzen zur Jahresende 1921/22, ließ die Regierung vorübergehend handlungs- und entscheidungsunfähig werden, sodaß der Verkehrsminister seinen Antrag im Ministerrat nicht zur Behandlung bringen konnte. Für Winkler bzw. Telefunken eine Gelegenheit um Zeit zu gewinnen und deutsche Politiker für die Sache zu gewinnen. Im Zuge der Finanzierungsfrage kam auch die Anglo-Bank zu Wort, die wiederum ihrerseits versuchte ihren

Einfluß zugunsten einer Konzessionserteilung an die Marconi-Gesellschaft geltend zu machen. In den österreichischen politische Reihen gab es sowohl Befürworter für die deutsche wie auch die englische Lösung. Das Marconi-Angebot war kostengünstiger. Das Telefunken-Angebot dagegen umfassender. Letztlich erging an die Anbieter die Forderung ihre Angebote zu konkretisieren und zu detaillieren. Zahlreiche Besprechungen folgten. Aber auch weitere Interventionen auf politischer Ebene gab es. Noch ehe einer Lösung näher getreten wurde, kam Schobers Kabinett am 20. Mai 1922 zu Fall.

Die Verhandlungen über eine Regierungsneubildung und das Regierungsprogramm, die insgeheim vom Obmann der Christlichsozialen, Prälat Seipel, schon seit Wochen mit großdeutschen Politikern geführt worden waren, konnten binnen 10 Tagen abgeschlossen werden. Sofort nach Bekanntwerden der Nachricht über die Designierung Seipels zum neuen Kanzler, suchten Ulfers und Winkler (von Telefunken) Seipel in dessen Wohnung auf, um ihn mit der Konzessionsfrage bekannt zu machen. Der Ministerrat befaßte sich in einer Sitzung am 7. Juni 1922 neuerlich mit der Konzessionsfrage. Der neue Verkehrsminister, der Christlichsoziale Franz Odehnal, beantragte die Verhandlungen vorzugsweise mit der Marconi-Gesellschaft wieder aufzunehmen. Der Antrag wurde nach nur kurzer Debatte, sowohl von Seipel, wie auch von Finanzminister Graf Segur und – überraschenderweise – auch vom Vizekanzler, den Großdeutschen Felix Frank unterstützt. Einzig Heeresminister Carl Vaugoin sprach sich neuerlich für eine Berücksichtigung des deutschen Telefunken Angebots aus. Dem Willen des Ministerrats entsprechend führte die Telegraphenverwaltung in den beiden darauffolgenden Wochen mit dem Marconi-Unterhändler in Wien abschließende Verhandlungen über die noch offenen Punkte der Konzession. Bis zum 4. Juli 1922 konnten die verbleibenden Divergenzen in den Standpunkten ausgeräumt und die Entwürfe für eine Konzession sowie ein Betriebsübereinkommen über die Verkehrs- und Einnahmenteilung fertiggestellt werden. Nach Lösung der Finanzierungsfrage wurden am 22. September 1922 die beiden, am 18. September ausgestellten Urkunden, Konzession und Betriebsübereinkommen, dem Marconi-Repräsentanten überreicht. Die Konzession umfaßte „... das Recht, eine radiotelegraphische Anlage in und bei Wien zum Zwecke der Beförderung von Telegrammen im Verkehr mit dem Auslande in beide Richtungen zu errichten ...“.

Die Gründung des österreichischen Unternehmens durch die Marconi Wireless Telegraph Co. verzögerte sich noch um einige Monate. Nichtzuletzt waren ökonomische Faktoren dafür maßgeblich. Auch Telefunken gab sich keineswegs geschlagen, sondern änderte seine Strategie und strebte nun eine Beteiligung an. So kam es im Verlauf des Jänners 1923 zu einem formellen Angebot der Marconi Ges. an die Telefunken Ges., sich an der zu gründenden AG zu beteiligen. Telefunken brauchte aber ein volles Jahr um die finanziellen Mittel über das deutsche Finanzministerium zu beschaffen. Am 12. Juli 1923 konstituierte sich die Österreichische Marconi AG (später RADIO AUSTRIA AG) formell. Am 27. Juli erfolgte die Eintragung in das Wiener Handelsregister. Am 23. August schließlich trat die Marconi AG in die konzessionsmäßig übertragenen Rechte und Pflichten ein und nahm am 12. Jänner 1924 den radiotelegraphischen Verkehr auf.

## Die Bewerbung um die Konzession für den Inlands-Radioverkehr und den Unterhaltungsrundfunk

Es waren politische Bedenken die eine gemeinsame Konzessionsvergabe für In- und Ausland verhinderten. Andererseits war man von staatlicher Stelle durchaus interessiert den „Radio Länderverkehr“ sowie die Einführung eines Unterhaltungsrundfunks zu privatisieren. Die im

Zweikampf mit der Marconi-Gesellschaft unterlegenen Drahtlosen Verkehrsgesellschaft bat, ihr „als Entschädigung“ für den Entgang des angestrebten Geschäfts nun das verbleibende zu übertragen. Winkler versuchte seine politischen Kontakte für Interventionen zu nutzen.

Im Sommer 1922 wurde dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie ein Gesuch vorgelegt, das den Vorschlag enthielt, im Einvernehmen mit der Staatsoperndirektion „telephonisch aufgenommene“ Opern-, Konzert- und Theaterdarbietungen mittels Telephonleitungen einem größeren Publikum zugänglich zu machen. Von den Behörden wurde dieses Gesuch abgelehnt.

Am 29. Juli 1922 traten die nächsten Bewerber auf den Plan. Die Vertreter der zu gründenden „RADIOVOX“ Gesellschaft für drahtlose Telefonie Ges.m.b.H. bestanden aus der „Österreichischen Telefonfabrik AG vorm. J. Berliner“, „Ericsson Österreichische Elektrizitäts AG“, „Kapsch & Söhne Telefon- und Telegrafafabriks AG“ und Rechtsanwalt Dr. Fritz Kammann.“ Als gemeinsamer Vertreter der Gruppe wurde Dr. Kammann benannt:

Der Rechtsanwalt der wenig später auch als Rechtsvertreter der in Gründung befindlichen Österr. Marconi AG in Erscheinung trat. Welche Rechte beanspruchte nun die Radiovox? Angestrebt wurde eine Konzession die zur Errichtung und zum Betrieb von Sende- und Empfangsanlagen berechtigen sollte. Die Radioempfänger sollten entweder selbst betrieben, vermietet oder an die interessierten „Abonnenten“ verkauft werden. Die Telegraphenbehörde antwortete erst Mitte 1923 und da hieß es daß „bis zur definitiven Regelung der Auslandskonzession“ keine abschließende Stellungnahme erfolgen werde.

Dies gab weiteren Bewerbern Gelegenheit, sich ebenfalls in den Wettbewerb um die Erlangung einer Konzession einzuschalten. So kam beispielsweise am 3. November eine Bewerbung vom Industriellen Ing. Eduard Schrack und dem Dozenten für Elektrotechnik Robert Ettenreich. Verwaltungsreformmaßnahmen nahmen die zuständigen Abteilungen der Telegraphenbehörde so sehr in Anspruch, daß sie sich außerstande sahen, die vorliegenden drei Angebote zu prüfen oder selbst Gegenvorschläge zu erarbeiten. Die beiden ersten Monate des Jahres 1923 verstrichen daher verhandlungslos. Für die Schrack-Ettenreich-Lösung traten einige Politiker ein, so auch der Landeshauptmann der Steiermark Anton Rintelen. Doch selbst die Interventionen Rintelens vermochten es vorläufig nicht eine rasche Entscheidung herbeizuführen.

Den Zugang zu Rintelen hatte Schrack durch Oskar Czeija ermöglicht bekommen. Czeija, dessen Vater Mitbegründer der Firma Czeija & Nissl gewesen war, hatte im Jahre 1920 begonnen, sich für die Verwertung der Radiotelegraphie und –telephonie zu interessieren. Czeija hatte schon im Februar 1922 dem Bundeskanzler ein Exposé „über die Errichtung einer Radioverkehrsgesellschaft“ übermittelt. Wichtiger als seine Initiative waren aber seine guten Beziehungen zu diversen Politikern, womit ihm auch der Zugang zum Österreichischen Creditinstitut gelang. Im März 1923 wechselte auch die Firma Kapsch & Söhne zur Schrack-Gruppe. Das Kräfteverhältnis innerhalb dieser Gruppe wurde mit Schrack-Czeija 80%, Creditinst. 15% und Kapsch 5% angegeben. Am 14. April 1923 sprachen Czeija, Schrack & Co. im Verkehrsministerium vor, und baten „bis zur endgültigen Regelung“ in Sachen Konzession „um eine provisorische Bewilligung“. Zu den bis April 1923 bekannten Bewerbern gesellten sich in den folgenden zwei Monaten nachweislich zumindest neun weitere Konzessionswerber.

Darüber mehr in unserer nächsten Ausgabe.

## Die Österreichische Mittelwelle ist verstummt

Ab 1.1.1995 hat der ORF seine Aussendung in Amplitudenmodulation (AM) auf Mittelwelle eingestellt. Damit geht eine kulturelle Rundfunk-Epoche zu Ende. Haben wir noch vor kurzem das 70 jährige Jubiläum der RAVAG gefeiert, die eben auf diesem Frequenzbereich begonnen hat, so verstummt die Mittelwelle nun. Und auch der geschichtsträchtige Bisamberg-Sender hat nun keine Aufgabe mehr. Es ist nur zu hoffen, daß sein Sendemast und das Sendegeäude nicht auch dem Rationalisierungsprogramm des ORF's zum Opfer fallen.

Wie wir in Zukunft unsere Ortsempfänger oder Detektorapparate abstimmen bzw. vorführen ist noch zu klären.

## Anzeigen

### **Verkaufe:**

Minerva 515S, Zust. 1-, spielt. S 550,-;

Philips Adagio 52, Zust. 1-2, spielt, S 450,-;

**Tausche** folgende Wehrmachtsröhren + Stabilisatoren, ungeprüft: 4x RV12P2000, 2x RV12P3000, 3x RV12P4000, 2x LV1, 1x RL2, 1x 175/15 ZL, 1x AF100;

Nur gegen Tausch gegen Chassis + RW f. DKE, Chassis mit 2 Kippschalter + RW f. VE301dyn GW oder gesuchte Ersatzteilwracks lt. vorigen MB.

### **Verschenke:**

Minerva 405 (Gehäuse 2-3, Chassis ?);

Minerva 517 (Gehäuse 3-4, Chassis ?);

Gegen Selbstabholung GRATIS abzugeben

**Suche:** VE-Lsp.Stoff; Rückwand Minerva Perfect 546W; orig. Knöpfe von Minerva Minor 801U.

**Tausche:** VE-Rückwand VE301dyn GW von Minerva gegen VE301dyn der Rundfunktechnischen Erzeugergemeinschaft.

**Biete:** Kapsch Ideal UKW Phono W, Zu 1+, miot orig. Bed.Anl., Rechnung und Röhren-garantiekarte, Dual Plattenspieler, funktionstüchtig, S 400,-.

---

**Verkaufe:** Anodenbatterie Kapsch 67,5V, I<sub>max</sub> 10mA, z.B. für Kapsch Weekend, Siemens Grazietta usw., Betrieb mit zwei Babyzellen. Die Anodenbat. kann durch den geringen Ruhestrom der Elektronik von ca. 25µA im ausgeschalteten Radio bleiben. Abmessungen: LxBxH 71x35x94mm, S 1.400,-.

Pertrix Nr. 271, Anodenspannung +50/+70/+90V, I<sub>max</sub> 50mA, Gitterspannung -3/-4,5/-6/-7,5/-9/-10,5V. Betrieb mit acht Monozellen. Ein-Aus mit Schaltbuchse. Abmessungen LxBxH 156x200x79mm, S 1.700,-. Ein entstörter Gleichspannungswandler erzeugt die Nennspannung für die Anodenbatterien. Alle Anodenbat. in stabilen Alugehäuse, darüber Kopie oder Nachdruck einer Originalbatterie.

---

**Herzlichen Dank** an alle Sammlerkollegen die für das KAPSCH-Museum Geräte und Unterlagen zur Verfügung gestellt haben. Trotz reger Mithilfe fehlen aber noch immer viele Exponate. Zögern Sie bitte nicht mir weiterhin Angebote zu unterbreiten – egal aus welchem Bereich und welcher Epoche. Sie unterstützen damit ein wichtiges Projekt!

---

**Verkaufe:** Kommunikationsempfänger R392-URR System Collins, Frequenzbereich 500kHz – 31MHz, für 26V Batteriebetrieb, 3,2A, inkl. Ersatzröhren und Manual, funktionsfähig und spielbereit, Gesamtpreis S 6.500,-.

---

Für Liebhaber, Sammler und Bastler, oder zu Dekorationszwecken: Alte Röhrenradios, vom DKE bis zum Luxussuper, Jahrgänge 1923 bis 1947, auch Plattenspieler, Tonbandgeräte und vielerlei Zubehör, Röhren-Gegentaktverstärker 35 und 100 Watt, teils ohne Röhren, (100V-Ausgänge), zu verkaufen, tauschen, oder besichtigen, ev. nach telefonischer Vereinbarung

---

**Verkaufe:** 6 verschiedene Lichtantennen, ein interessantes Sammelgebiet, komplett um S 250,-.

**Kaufe:** garantiert jedes Detektorgerät (nur Firmenerzeugnisse) und jedes Detektorzubehör, egal aus welcher Epoche. Für wichtige Ergänzungen zu meiner Sammlung, z.B. Jacobi-Megadyn-Detektorgerät zahle ich absolute Spitzenpreise!!!

**Tausche:** 17 verschiedene Detektorgeräte und Diodenempfänger, s. MB Nr. 58 und 59, ausnahmslos nur gegen Detektorgeräte!

---

**Verkaufe:** Tonbandgeräte:

RKF (Stuzzi) Type Splendor 561W S 900,-  
Zerdik Plattenspielerkoffer (rot) S 350,-  
Uher Variocord 63-S S 1.000,-  
Netzgerät für TB-Grundig Nicki S 350,-

Radios:

Telsa Talisman (defekt) S 250,-  
Radione Type 1940 (Stahlröhren) S 450,-  
2 Kapsch Wurfantennen (1935) S 250,-  
Ingelen Radio S 200,-  
Ingelen TR 2000 und 3000 je S 350,-  
Ingelen TR 5000 ( nicht komplett) S 150,-  
Tausche: Ingelen TRV 113, 1a, gegen TRV114, 1a.

---

**Verkaufe:**

HORNY  
- Rex (Cassette def., ACH11..., Bj 39/40  
- W467A/2  
- W140U  
- Rex W554A/3, Bj 56

PHILIPS

- Type 5-40 (Bakelit), EK2,EBL1...)  
- B4A33 A/00 Planoton

KAPSCH

- Sonocord  
- Hoerold UKW  
- Superior (ohne UKW)

RADIONE

- Jupiter S/W  
- Duplex Junior W

GRUNDIG R7411

SIEMENS

- Domino  
- Stradella (Transistor)

EUMIG

- Eumigette 300  
- Eumigette

MENDE 1940 (Geh. def., ECH11....)

LÖWE-OPTA Phonosuper 42064W

---

**Verkaufe:**

HORNYPHON Souverän 40-Radiogerät mit Unterschrank, Holz hochglanzpoliert, sehr guter Zustand, Plattenspieler 1955 in ein Braun-Gerät getauscht, mit Türen ausfahrbarer Korb für 75 Schellack Platten, Bj 1939, S 7.000,-

BRAUN Regie 520 HiFi Stereo Tuner-Verstärker + HiFi Stereo Cassetten Deck C 301, Bj 1976, Farbe schwarz, sehr guter Zustand, S 3.000,-

PHILIPS Planton B4A23A Bj 1962 kostenlos abzugeben.

TOSCHIBA IC-7000C Bj 1972 kostenlos abzugeben.

---

Wenn Sie möchten, können Sie auch Ihren Anzeigetext über Fax übermitteln. Fax 878 07/5251 (Braunstein)
---

**Verkaufe:**

Czeija Nissl Oktavio (51), Zust. 3 S 300,-  
 Eumig 324 GW (49), Zust. 3 S 350,-  
 Eumigette U (55), Zust. 2 S 100,-  
 detto, UY85 u. RW S 50,-  
 Horny Olympic 52, Zust.1 S 700,-  
 Kapsch Viktoria (37), Zust. 3 S 1.500,-  
 Siemens 524W (52), Zust.2 S 300,-  
 Min. Miraphon 500, Chassis, Zu.2 S 150,-  
 Philips EL5511 Chassis, Zust. 2 S 150,-  
 Dual 1218 Plattensp., Zust. 2 S 500,-

**Suche:**

Tuner E2 für Rhode & Schwarz Vector-  
 Analyser ZPV.

Bücher von Kammerloher.

Drehknopf Lautstärke f. Kapsch Regent.

Drehknopf f. Zerdik FG3.

**Biete:** Reparatur, Abgleich und

Empfindlichkeitsmessung als Altradios.

**Überprüfung und Reparatur** auch ältester  
 Röhrengeräte wie Radione, Verstärker und  
 Netzanoden.

Auch von Lautsprechern und Plattenspielern,  
 durch Meisterwerkstätte.

<b>Impressum</b>
------------------

Herausgeber, Verleger und Medieninhaber  
 Erstes Österreichisches Funk- und Radiomuseum e.V.  
 1060 Wien, Eisvogelg. 4/5  
 Für den Inhalt verantwortlich:  
 Peter BRAUNSTEIN  
 Die Abgabe erfolgt gratis  
 Die Zusendung erfolgt gegen Portoersatz  
 Auflage 220 Stück, *Copyright 1995 Braunstein*

**Verkaufe:**

Ingelen 540W  
 Ingelen Super 49-5GW  
 Orion 355U  
 Orion mit Plattensp. 155G  
 Graetz 51W  
 Graetz 51E (ohne RW)  
 Radione 551U  
 Elektrit Tempo Type Z  
 Siemens Super 522W  
 Eumig 324GW  
 Philips Adagio 52  
 alle Radios Zustand 2  
 Folgende Hefte "Funkschau" zu verkaufen, S  
 15,- pro Heft:  
 1964: 2,3,4,5,6,7,8,9,10,11,12,13,14,  
 15,16,17,18,19,20,21,22,23  
 1965: 5,6,7,8,9  
 1966: 2,3,4,5,6,7,8,9,10,11,12,13,14,  
 15,16,17,18,19,20,21,22,23,24  
 1967: 2,3,4,5,6,7,8,9,10,11,12,13,14,  
 15,16,17,18,19,20,21,22,23  
 1968: 1,2,3,4,5,6,13,14,15,16,17,18,  
 19,20,21,22,23  
 1969: 1,12,22,23,24  
 1970: 1,2,3,4,5,6,7,8,9,10,11,12,13,14,  
 15,16,17,18,19,20,21,22,23,24  
 Folgende Hefte „Elektronik Report“ zu  
 verkaufen, S 15,- pro Heft:  
 1976: 1  
 1977: 5,11,12  
 1978: 1,2/3  
 Folgende Hefte „Funktechnik“ zu verkaufen,  
 S 16,- Pro Heft:  
 1951: 13,14,15,16,19,20,21,22,23,24  
 1952: 1,2,3,4

<b>Redaktionsschluß für die Nr. 61 ist der        20.02.1995</b>
--